

# MATERIALIEN

FÜR DIE ARBEIT VOR ORT



39 | 2009

Arbeitskreis Kommunalpolitik (Hrsg.)

## Kommunale Familienpolitik

ARGUMENTE – METHODEN –  
PRAXISBEISPIELE

ERSTELLT VON ELISABETH HOFFMANN



2., überarbeitete und erweiterte Auflage

ISBN 978-3-940955-86-9



[www.kas.de](http://www.kas.de)



Konrad  
Adenauer  
Stiftung

## INHALT

5 | VORWORT

7 | MITGLIEDER DES ARBEITSKREISES

9 | EINLEITUNG

11 | GRUNDLAGEN KOMMUNALER FAMILIENPOLITIK

- Familienbegriff . . . . . 11
- Gründe für die staatlich-kommunale Förderung von Familien . . . . . 11
- Rechtlicher Rahmen kommunaler Familienpolitik . . . . . 12
- Herausforderungen an die Kommunen . . . . . 13

15 | FAMILIENPOLITIK IN DER TRIAS VON ZEIT, GELD UND INFRASTRUKTURPOLITIK

- Herausforderung: Finanzierung . . . . . 16
- Herausforderung: Qualität . . . . . 17
- Herausforderung: Personal . . . . . 17

19 | FAMILIENPOLITIK ALS AUFGABE DER GESAMTEN KOMMUNALEN GEMEINSCHAFT

20 | WEGE ZUM ZIEL: FAMILIENFREUNDLICHE KOMMUNE

- Erster Schritt: Analyse der Ist-Situation . . . . . 21
- Zweiter Schritt: Themenfindung . . . . . 23
- Dritter Schritt: Praktische Umsetzung. . . . . 26

38 | FAZIT

41 | LITERATUR

45 | ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

REDAKTIONELLE BEARBEITUNG:

*Tobias Montag*

*2., überarbeitete und erweiterte Auflage*

*Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.*

© 2009, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.  
Printed in Germany.  
Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-940955-86-9

## VORWORT

In zahlreichen Kommunen macht sich zunehmend ein Rückgang der Einwohnerzahl bemerkbar: Grundstücke verwaisten, Schulen und Geschäfte müssen schließen, etlichen Kommunen brechen einwohnerbezogene Einnahmen und Zuweisungen weg. Die Konkurrenz der Kommunen um wirtschaftliche Leistungsträger und Familien mit Kindern hat bereits begonnen.

Vor diesem Hintergrund ist Familienförderung vom „Sozialgedöns“ zu einem politisch schergewichtigen Thema geworden, mit dem insbesondere auch Kommunalpolitiker konfrontiert werden. Bei einem so weitreichenden Vorhaben ist klar, dass alle Ebenen gemäß ihrer subsidiären Verantwortung handeln müssen. Gerade deswegen dürfen die Kommunen nicht in Untätigkeit verharren oder auf Projekte und Gelder von außen warten. Der demographische Wandel und seine Folgen sind für viele Städte, Gemeinden und Kreise Realität. Kommunale Familienpolitik kann helfen, ein familienfreundliches Umfeld und gesellschaftliches Klima zu schaffen, mit dem der demographische Wandel nicht nur erduldet, sondern positiv gestaltet wird.

Die vorliegende Veröffentlichung des Arbeitskreises Kommunalpolitik der Konrad-Adenauer-Stiftung erörtert anhand eines breiten Spektrums ausgewählter Beispiele, wie Kommunen Familien stärken und das Zusammenleben der Generationen vor Ort verbessern können. Sie soll Kommunalpolitiker bei der Entwicklung eigener kreativer Konzepte und nachhaltiger Projekte unterstützen. Die Publikation zeigt Grenzen und typische Herausforderungen kommunaler Familienpolitik auf, aber auch Ansätze, wie diese Hindernisse überwunden werden können.

Mit dem im September 2006 gegründeten Arbeitskreis Kommunalpolitik setzt die Konrad-Adenauer-Stiftung die gute Tradition kommunalpolitischer Arbeit mit neuen Impulsen fort. Der Arbeitskreis Kommunalpolitik besteht aus aktiven

Kommunalpolitikern und Verwaltungsmitarbeitern sowie hochrangigen Vertretern aus Verbänden und Wissenschaft und wird von Professor Dr. Raimund Wimmer, Rechtsanwalt und Oberstadtdirektor a.D., und Dr. Michael Borchard, Leiter der Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung, geleitet.

Der Arbeitskreis nimmt sich der Fragestellung an, wie christliche Wertvorstellungen die Entwicklung von Städten, Gemeinden und Kreisen vorteilhaft beeinflussen können. Mit der Neuausrichtung ihrer kommunalpolitischen Arbeit strebt die Konrad-Adenauer-Stiftung an, Strategien und Konzepte zu entwickeln, die die Kommunalpolitik wieder stärker in das Bewusstsein von Politik und Öffentlichkeit rücken.

Zunächst hat sich der Arbeitskreis 2007 verstärkt dem Themenfeld „Integration und Kommunen“ gewidmet. Im Jahr 2008 war insbesondere das Thema „Familie und Kommunen“ Schwerpunkt seiner Tätigkeit. Mit dem vorliegenden Papier unterstreicht der Arbeitskreis die herausragende Bedeutung der kommunalen Familienpolitik für die Zukunft unseres Gemeinwesens.

Die vorliegende zweite Auflage wird von den nachfolgend aufgeführten Mitgliedern des Arbeitskreises Kommunalpolitik verantwortet und herausgegeben. Besonders zu danken hat der Arbeitskreis Frau Elisabeth Hoffmann für die Erstellung der Publikation.

Wir wünschen den Lesern eine anregende Lektüre.

Berlin, im Mai 2009

## MITGLIEDER DES ARBEITSKREISES

*Adomat, Marc*, Beigeordneter Dezernat IV (Schulen, Kultur, Jugend und Sport), Leverkusen

*Articus, Dr. Stephan*, Geschäftsführendes Präsidialmitglied, Deutscher Städtetag, Köln

*Baus, Dr. Ralf Thomas*, Leiter Team Innenpolitik, Hauptabteilung Politik und Beratung, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Berlin

*Borchard, Dr. Michael*, Leiter Hauptabteilung Politik und Beratung, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Berlin

*Bretterbauer, Lothar*, Bürgermeister, Lübben

*Enser, Gerhard*, Bürgermeister a.D., Stahnsdorf

*Henneke, Professor Dr. Hans-Günter*, Geschäftsführendes Präsidialmitglied, Deutscher Landkreistag, Berlin

*Hoffschulze, Dr. Heinrich A.*, Vorsitzender BFA Europapolitik der KPV, Münster

*Kaiser, Klaus*, Mitglied des Landtages Nordrhein-Westfalen, Arnsberg

*Kühn, Frithjof*, Landrat des Rhein-Sieg-Kreises, Siegburg

*Landsberg, Dr. Gerd*, Geschäftsführendes Präsidialmitglied, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Berlin

*Müller, Professor Dr. Bernhard*, Direktor des Instituts für ökologische Raumentwicklung e.V., Lehrstuhl für Raumentwicklung, Technische Universität Dresden, Dresden

*Paus, Heinz*, Bürgermeister, Paderborn

*Sander, Professor Dr. Ludger*, Stadtkämmerer, Bonn

*Schartau, Florian*, Koordinator Kommunalpolitik, Hauptabteilung Politik und Beratung, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Berlin

*Schineller, Werner*, Oberbürgermeister, Speyer

*Schlebusch, Dr. Gernot*, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied a.D., Niedersächsischer Landkreistag, Hannover

*Schmidt-Eichstaedt, Professor Dr. Gerd*, Technische Universität Berlin, Institut für Stadt- und Regionalplanung, Berlin

*Schnellecke, Professor Rolf*, Oberbürgermeister, Wolfsburg

*Schoser, Dr. Franz*, Mitglied des Vorstands, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Köln

*Schuster, Dr. Wolfgang*, Oberbürgermeister, Stuttgart

*Thomalla, Michael*, Vorstandsmitglied, Städte- und Gemeindetag Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin

*Tillmann, Dr. Berthold*, Oberbürgermeister, Münster

*Trommer, Dipl.-Ing. Sigurd*, Stadtbaurat a.D., Vorstand, Montag Stiftung Urbane Räume gAG, Bonn

*Vogel, Hans-Josef*, Bürgermeister, Arnberg

*Walcha, Dr.-Ing. Henning*, Stadtplaner/Architekt, Koordinator Kommunalpolitik/Stadtregionen a.D., Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Troisdorf

*Wiese-von Ofen, Dr.-Ing. Irene*, Beigeordnete der Stadt Essen a.D., Past President, International Federation for Housing and Planning, Essen

*Wimmer, Professor Dr. Raimund*, Rechtsanwalt, Oberstadtdirektor a.D., Bonn

*Wolf, Guido*, Mitglied des Landtages Baden-Württemberg, Landrat des Landkreises Tuttlingen, Tuttlingen

## EINLEITUNG

Die Konzeption und die praktische Umsetzung von Familienpolitik stehen gegenwärtig im Zentrum der aktuellen gesellschaftspolitischen Diskussion – nicht nur, aber auch weil Haushalte mit drei und mehr Personen zur seltensten aller Haushaltsformen in Deutschland geworden sind (lediglich in 29 Prozent aller Haushalte leben drei und mehr Personen).

Jeder Mensch steht nicht nur in einer horizontalen Verantwortung gegenüber seinen Mitmenschen, sondern auch in einer vertikalen Verantwortung gegenüber seinen Vorfahren und Nachkommen. Zu den großen und wichtigen Herausforderungen an jeden einzelnen Menschen gehört es, dieser Verantwortung gerecht zu werden. Es gilt die einfache, aber dennoch zutreffende Feststellung: Eine Gesellschaft ohne Kinder geht unter. Es gibt nicht nur „gute Gründe“ für Kinder (und damit auch für die Familie), sondern es gilt der Satz: Kinder sind unabdingbar notwendig. Das ist eine primäre Forderung, hinter der im Zweifel alle anderen Forderungen und Ziele zurücktreten müssen.

Unsere Gesellschaft hat diese Grundforderung weithin verdrängt. Die junge Generation wird mit dieser Forderung nicht konfrontiert, und Staat und Kommunen unterstützen diejenigen zu wenig, die durch die Gründung einer Familie mit Kindern diese Herausforderungen und die damit auch verbundenen Lasten angenommen haben.

Das Themenpapier möchte aufzeigen, auf welche Weise die Kommunen dazu beitragen können, Familien mit Kindern zu fördern und zu unterstützen. Dabei werden auch die wirtschaftlichen, sozialen und ethischen Argumente, die zugunsten von Familien mit Kindern sprechen, benannt werden. Aber es sei betont: Nicht diejenigen haben Erklärungsbedarf, die sich für eine Familie mit Kindern entschieden haben. Erklärungsbedarf entsteht vielmehr, wenn Menschen ohne Kinder durchs Leben gehen möchten. Denn eine Gesellschaft ohne Kinder hat keine Zukunft.

Schon vor zwei Jahren leistete die Konrad-Adenauer-Stiftung mit dem *Best Practice-Bericht Kinder, Kinder ... Was sich in den Kommunen tut* (2006) einen praxisnahen Beitrag zum Thema „Kommunale Familienpolitik“. Das vorliegende Themenpapier setzt diese Arbeit fort und erweitert sie, indem grundlegende Fragen einer kommunalen Familienpolitik vorgestellt und Möglichkeiten, aber auch Grenzen von Kommunen in ihrer Arbeit für Familien aufgezeigt werden.

## GRUNDLAGEN KOMMUNALER FAMILIENPOLITIK

### FAMILIENBEGRIFF

Familie ist überall dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern dauerhaft Verantwortung tragen. Sie umfasst somit alle Generationen. Die Ehe ist unser Leitbild der Gemeinschaft von Mann und Frau. Aber zu respektieren ist auch die Entscheidung von Menschen, die in anderen Formen der Partnerschaft ihren Lebensentwurf verwirklichen. Auch in solchen Beziehungen werden Werte gelebt, die grundlegend für unsere Gesellschaft sind.<sup>1</sup>

### GRÜNDE FÜR DIE STAATLICH-KOMMUNALE FÖRDERUNG VON FAMILIEN

Mit Familie verbindet sich für die meisten Menschen Geborgenheit und Schutz. In der Regel ist sie der *primäre Erziehungsort* für Kinder, an dem sie Zuneigung, Gemeinschaft und Solidarität erfahren. Über diese Erfahrung erlernen Kinder, was auch für den Zusammenhalt der Gesellschaft als Ganzes unverzichtbar ist.

Die Leistungen von Familien sind wichtig für jedes Familienmitglied. Staat, Gesellschaft und Wirtschaft sind ebenfalls auf die Leistungen der Familien angewiesen. Kommunen sind die Institutionen mit dem engsten und unmittelbarsten

Bezug zu Familien. Funktionierende Familien sind eine unverzichtbare Grundlage für prosperierende Städte, Gemeinden und Kreise. Die Kinder haben eine wichtige Bedeutung für *Fortbestand und Weiterentwicklung der Kommune*. Bereits gegenwärtig haben Alterung, Geburtenrückgang und Abwanderung in den Kommunen gravierende Folgen: An vielen Orten sind Kindergärten und Grundschulen bereits geschlossen und die Aufrechterhaltung von Krankenhäusern sowie kulturellen Angeboten ist nicht mehr möglich. Diese Entwicklung, die in den ostdeutschen Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Sachsen-Anhalt schon deutliche Spuren hinterlassen hat, beginnt nun auch in Nordhessen, Südniedersachsen und Oberfranken. Beispielsweise wird bereits 2015 bundesweit jede vierte Grundschule vor der Schließung stehen.

Kinder und ihre Eltern sind auch eine unentbehrliche Voraussetzung für das *wirtschaftliche Gedeihen* von Kommunen. Familien sind wichtige private Investoren in den Kommunen. Junge Familien sorgen an ihrem Wohnort für bürgerschaftliches Engagement. Da Kinder Menschen brauchen, die ihnen beim Erwachsenwerden helfen, werden Arbeitsplätze geschaffen, von der Lehrerin bis zum Schulbusfahrer. Junge Menschen sind als Berufseinsteiger, Fachkräfte und Konsumenten unentbehrlich für die lokale Wirtschaft. Die Kommunen profitieren in generativer Hinsicht von einer aktiven, altersmäßig gemischten Bürgerschaft und in ökonomischer Hinsicht von Steuererträgen und Einnahmen aus Entgelten.

In der Praxis haben viele Kommunen bereits begonnen, intensiv um junge Familien zu werben. Ein Beispiel ist die bayerische Stadt Kaufbeuren, die unter dem Motto „Familienziel Kaufbeuren“ um Familien wirbt. Mit Annoncen in Münchener und Augsburg Zeitungen sowie mit dem Verteilen von Flyern an den Bahnhöfen der Städte im Umkreis macht die Stadt auf ihre in der Tat umfassenden Aktivitäten für Familien aufmerksam.<sup>2</sup>

### RECHTLICHER RAHMEN KOMMUNALER FAMILIENPOLITIK

Familienförderung ist eine politische und rechtliche Aufgabe des Bundes, der Länder und der Kommunen.

Kommunale Familienpolitik, insbesondere die Förderung der örtlichen Familien durch die Kommunen, findet ihre Legitimation in Art. 6 GG und im Prinzip des sozialen Rechts- und Bundesstaats in Art. 20 und 28 GG,

in den Kommunalverfassungen der Länder und in einer Reihe bundes- und landesgesetzlicher Spezialregelungen wie zum Beispiel den Gesetzen zur Kinder- und Jugendhilfe. So heißt es beispielsweise in § 1 Abs. 3 SGB VIII, dass die Jugendhilfe dazu beitragen soll, „positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu erschaffen“. Der Auftrag der kommunalen Familienpolitik wird üblicherweise dahin gehend definiert, „eine verlässliche und bedarfsgerechte soziale Infrastruktur in der Kommune bereitzustellen und darüber hinaus die Situation von Familien in besonderen Lebenslagen in den Bedarfsplanungen angemessen zu berücksichtigen“.<sup>3</sup>

### HERAUSFORDERUNGEN AN KOMMUNEN

Aufgrund der demographischen Entwicklung wird es zunehmend zu einer Überlebensfrage für Kommunen, ob sie junge und leistungsfähige *Familien für einen Standort gewinnen* können. Attraktivitätskriterien sind die Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, aber auch familiengerechte Stadtplanung, sozial funktionierende Nachbarschaften, kulturelles Leben, Schule und Ausbildungsangebot sowie die Förderung des Erwerbs von Wohneigentum.

Eine weitere große Herausforderung besteht in der *Stärkung von belasteten Familien*, die aufgrund von Erwerbslosigkeit und Integrationsschwierigkeiten weder am sozialen und kulturellen Leben einer Kommune teilnehmen, noch eine eigenständige Existenzsicherung aufweisen. Sie sind auf Leistungen angewiesen, die zum großen Teil durch kommunale Haushalte aufgebracht werden müssen.

Wie die neue Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung *Eltern unter Druck* (2008) zeigt, wünschen sich Eltern in allen Lebenssituationen mehr gesellschaftliche Wertschätzung. Hier wäre zu überlegen, welchen Beitrag Kommunen dazu leisten können. Ansätze zur Schaffung einer Anerkennungskultur für Eltern gibt es bereits, zum Beispiel in Form einer öffentlichen Begrüßung von „frischgebackenen“ Eltern oder/und eines kleinen Baby-Begrüßungsgeldes als Ausdruck des Willkommens.<sup>4</sup>

Angesichts der demographischen Entwicklung, aufgrund derer im Jahr 2050 über ein Drittel der Bevölkerung in Deutschland über sechzig Jahre und zwölf Prozent über achtzig Jahre alt sein werden, sind neue Wohn-

und Lebensformen ein interessantes Thema für das Leben der Menschen in den Kommunen. Hinzu kommt der aktuelle Trend, dass auch bei jüngeren Menschen, sowohl bei Singles als auch bei Familien, das Interesse an familien- und generationsübergreifenden Lebensformen steigt. Ein Überblick über eine Fülle bereits verwirklichter neuer Wohnformen findet sich beispielsweise für Kommunen in Nordrhein-Westfalen in der Publikation *Neue Wohnprojekte für ältere Menschen*<sup>5</sup> und in der gemeinsam von der WohnBund-Beratung NRW GmbH und der Universität Bochum veröffentlichten Befragung von Kommunen *Neue Wohn- und Lebensformen im Alter*.<sup>6</sup>

- 1| In Anlehnung an das Grundsatzprogramm der CDU: Freiheit und Sicherheit. Grundsätze für Deutschland. Das Grundsatzprogramm. Beschlossen vom 21. Parteitag, Hannover, 3.-4. Dezember 2007. – S. 25-26. – <http://www.cdu.de/doc/pdfc/071203-beschluss-grundsatzprogramm-6-navigierbar.pdf> [16.12.2008].
- 2| Vgl. Hoffmann, Elisabeth: *Kinder, Kinder ... Was sich in den Kommunen tut. Best Practice-Modelle für die Stärkung von Kindern und Familie.* – Sankt Augustin/Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2006.
- 3| Schmidt, Nora (Hrsg.): *Handbuch Kommunale Familienpolitik. Ein Praxishandbuch für mehr Familienfreundlichkeit in Kommunen.* – Berlin: Deutscher Verein für Öffentliche und Private Fürsorge, 2006. – (Hand- und Arbeitsbücher / Deutscher Verein für Öffentliche und Private Fürsorge; 14).
- 4| Vgl. Hoffmann: *Kinder, Kinder ...*, 2006.
- 5| Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): *Neue Wohnprojekte für ältere Menschen. Gemeinschaftliches Wohnen in Nordrhein-Westfalen. Beispiele und Wege zur Umsetzung.* – 7., vollst. überarb. u. aktualisierte Aufl. – Düsseldorf: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, 2006.
- 6| WohnBund-Beratung NRW / Lehrstuhl Kultur- und Siedlungsgeographie, Ruhr-Universität Bochum (Hrsg.): *Neue Wohn- und Lebensformen im Alter. Ergebnisse einer Befragung von Kommunen in NRW.* – Bochum, 2008. – [http://www.wohnbund-beratung-nrw.de/download/63Befragungsergebnisse\\_Seminar.pdf](http://www.wohnbund-beratung-nrw.de/download/63Befragungsergebnisse_Seminar.pdf) [16.12.2008].

## FAMILIENPOLITIK IN DER TRIAS VON ZEIT, GELD UND INFRASTRUKTURPOLITIK

Familienpolitik auf kommunaler Ebene hat die Bedürfnisse der Familien vor Ort zu befriedigen, soweit dies nicht dem Bund und den Ländern obliegt. Als kommunale Querschnittsaufgabe betrifft sie zahlreiche kommunale Fachbereiche, ist also nicht ausschließlich an einer Stelle der kommunalen Vertretungskörperschaften und Verwaltungen zu verankern. Beide Umstände bergen die Gefahr in sich, kommunaler Familienpolitik eine bloße „Lückenfüll-Funktion“ zuzumessen. Angesichts dieser Schwierigkeit weist der *Siebte Familienbericht* des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zutreffend darauf hin, dass das Politikfeld *Familie und Beruf* für die Menschen in den Kommunen ein besonders wichtiger Lebensbereich ist.<sup>1</sup> Vor allem die Harmonisierung und das Gelingen dieser beiden Aufgabenfelder ist auch aus unserer Sicht ein wesentliches Ziel der Familienpolitik auf kommunaler Ebene.

Aktuelle Studien bzw. Elternbefragungen bestätigen diese Schwerpunktsetzung: Nach der im August 2008 erschienenen Forsa-Studie zum Lebensgefühl von Eltern gibt fast die Hälfte der befragten Frauen an, dass es für sie persönlich „schwierig ist, Beruf und Kinder zu vereinbaren“.<sup>2</sup> Auch der vom Institut für Demoskopie Allensbach erstellte *Familienmonitor 2008* des Bundesministeriums für Familie, Senioren,



Frauen und Jugend kommt zu dem Ergebnis, dass junge Menschen zwischen 18 und 44 Jahren die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als das Topthema von Familienpolitik betrachten. Unter den Maßnahmen, welche die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern, werden vor allem „ausreichend Kindergartenplätze und Kinderhorte“ von 74 Prozent der Befragten genannt. Zugleich weist die Studie darauf hin, dass die Mehrheit der nicht berufstätigen Mütter gerne berufstätig wäre, davon knapp die Hälfte maximal in einer Halbtagesstelle, 16 Prozent möchten in einer Vollzeitstelle arbeiten.<sup>3</sup>

In dem *Siebten Familienbericht* wird zukunftsweisendes und nachhaltiges kommunales Handeln mit der *Trias Zeit, Geld und Infrastruktur* beschrieben. Diese Trias wird de facto wirksam bei der Betreuung von Kindern und auch zunehmend bei der Pflege Älterer.

Die entscheidende Frage ist jedoch, wie diese Trias zum Erfolg führen kann. Eine Voraussetzung hierfür ist der bedarfsdeckende Ausbau von Institutionen der Betreuung und Pflege. Zentral ist aber auch die Frage, wie die Trias unter *Qualitätsgesichtspunkten* umgesetzt werden kann.

#### **HERAUSFORDERUNG: FINANZIERUNG**

Schon bei dem Erhalt des Status quo der Betreuung für Kinder ab drei Jahren ist die Lage für die Kommunen problematisch: Wie eine neue Studie zeigt, hat die Erhebung von Kinderbetreuungs-Elternbeiträgen durch die Kommunen dazu geführt, dass starke Kommunen ihre bereits bestehenden Vorteile gegenüber strukturschwachen Kommunen durch die Übernahme der Elternbeiträge um ein weiteres Element anreichern können. Beispielsweise werden in der Stadt Heilbronn einem Paar mit 80.000 Euro Jahreseinkommen die Kita-Beiträge erlassen, während in der Stadt Cottbus eine Familie mit einem Jahreseinkommen von 25.000 Euro mehr als 1.400 Euro im Jahr für zwei Kinder bezahlt.<sup>4</sup>

Die Gemeinde Grünwald bei München (11.000 Einwohner), die als reichste Kommune Bayerns gilt (mit einem Haushaltsüberschuss von 42 Millionen Euro im Jahr 2007), zahlt seit dem 1. Januar 2008 für jedes Kind von Geburt an bis zum Eintritt in die Schule ein kommunales (steuerfreies) Erziehungsgeld von 100 Euro pro Monat.

Generell ist die derzeitige finanzielle Lage vieler Kommunen sehr schwierig, und dies wird sich mit dem geplanten Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren noch erheblich verschärfen. Die Zahl der Krippenplätze von derzeit rund 500.000 auf 750.000 im Jahr 2013 zu erhöhen, wird pro Jahr mit drei Milliarden Euro Betriebskosten zu Buche schlagen. Der Bedarf an einmaligen Investitionskosten beträgt rund fünf Milliarden Euro. Sollten die Plätze dann noch beitragsfrei gemacht werden, kämen nach Schätzungen des Städte- und Gemeindebundes noch weitere 2,7 Milliarden Euro hinzu.

#### **HERAUSFORDERUNG: QUALITÄT**

Eine ungelöste, aber entscheidende Frage ist auch, wie und ob Kommunen bei den gegenwärtigen Rahmenbedingungen die notwendige hochwertige Qualität von Betreuung, Erziehung und Bildung bereitstellen können.<sup>5</sup> Es ist eine Herausforderung für Kommunen, mit den ihnen derzeit zur Verfügung stehenden Mitteln „ein flächendeckendes, qualitativ hochwertiges Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungssystem zu bieten, das den Eltern unabhängig von ihrer Kommune die Sicherheit gibt, dass ihre Kinder in den besten Händen sind“.<sup>6</sup>

Als eine mögliche Lösung erscheint die Aufstellung von Qualitätsstandards und eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Kommunen zur Realisierung von Qualität.

#### **HERAUSFORDERUNG: PERSONAL**

Obwohl sich die Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher gegenwärtig verändert und es für diesen Beruf an einigen Hochschulen bereits Studiengänge gibt, sind die Probleme der oft nicht bedarfsgerechten Ausbildung und einer nicht immer angemessenen Bezahlung weiterhin vorherrschend. Hinzu kommt, dass für die bis 2013 geplante Schaffung von Betreuungseinrichtungen für unter Dreijährige rund 75.000 Erzieherinnen fehlen, wie schon das Deutsche Jugendinstitut 2007 vorausgesagt hatte.

- 1| Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): *Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslange Familienpolitik. Siebter Familienbericht.* – Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2006.
- 2| Forsa: *Lebensgefühl von Eltern. Repräsentativbefragung für Gruner + Jahr AG & Co KG Redaktion ELTERN.* – Berlin: Forsa, 2008. Vgl. auch Müller-Burhop, Mareike: *Elternwünsche. Eine empirische Studie über Wünsche und Vorstellungen junger Eltern und der daraus folgenden Konsequenzen für Politik und Gesellschaft.* – Würzburg: Ergon, 2008. – (Familie und Gesellschaft; 21).
- 3| Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): *Familienmonitor 2008. Repräsentative Befragung zum Familienleben und zur Familienpolitik.* Institut für Demoskopie Allensbach, im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. – Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2008.
- 4| Vgl. „Kindergebühren: Null oder 4000 Euro?“ In: *Zeitschrift ELTERN* vom 22.10.2008. – <http://www.eltern.de/kindergarten/erziehung/kita-ranking.html> [16.12.2008].
- 5| Eichert, Christof / Lohre, Wilfried: *Kommunale Verantwortung für Bildungsfragen.* In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): *Wegweiser Demographischer Wandel 2020. Analysen und Handlungskonzepte für Städte und Gemeinden.* – Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2006. – S. 148-151. – (Schriftenreihe; 607).
- 6| Schimke, Hans-Jürgen: *Grüne Kommunalpolitik für die Zukunft. Die kinderfreundliche Kommune braucht die Unterstützung von Staat und Gesellschaft.* In: *Alternative Kommunalpolitik*, (2006) 4, S. 28-29.

## FAMILIENPOLITIK ALS AUFGABE DER GESAMTEN KOMMUNALEN GEMEINSCHAFT

Einhellig werden in der Fachdiskussion zwei typische Merkmale von Familienpolitik auf lokaler Ebene genannt: Zum einen ist es die *Vielfalt von Zuständigkeiten* kommunaler, freier und privater Träger für die Aufgaben im Bereich Kinder, Jugend und Ältere. Zum anderen ist es die für kommunale Familienpolitik typische Ausgestaltung von Familienpolitik als *Querschnittsaufgabe*.<sup>1</sup> Familienpolitik wird nicht nur als Aufgabe der Kommunalpolitik verstanden, sondern auch als Anforderung an freie Träger und alle gesellschaftlichen Akteure wie Wirtschaft, Kirchen, Vereine, Verbände, soziale Organisationen, Gewerkschaften sowie Bürgerinnen und Bürger. Familienpolitik auf lokaler Ebene heißt nicht nur: „Was tun Kommunen?“, sondern auch: „Was geschieht in den Kommunen?“

1| Vgl. u.a. Lübking, Uwe / Krickl, Ursula: *Familienfreundlichkeit ist der Standortfaktor der Zukunft.* In: *Deutscher Städte- und Gemeindebund.* – [http://www.dstgb.de/homepage/artikel/schwerpunkte/familienfreundlichkeit\\_ist\\_der\\_standortfaktor\\_der\\_zukunft/index.html](http://www.dstgb.de/homepage/artikel/schwerpunkte/familienfreundlichkeit_ist_der_standortfaktor_der_zukunft/index.html) [16.12.2008]; *Deutscher Landkreistag (Hrsg.): Familien im Mittelpunkt – Landkreise als Kompetenzzentren für Familien.* – Berlin: Deutscher Landkreistag, 2006. – (Schriften des Deutschen Landkreistages; 62) und ders. (Hrsg.): *Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern.* – Berlin: Deutscher Landkreistag, 2007. – (Schriften des Deutschen Landkreistages; 67).

## WEGE ZUM ZIEL: FAMILIENFREUNDLICHE KOMMUNE

Demographische und gesellschaftliche Veränderungen betreffen Länder und Kommunen mit unterschiedlichem Ausmaß und in unterschiedlicher Weise. Rückläufige Geburtenzahlen, Zunahme der älteren Bevölkerung und die Kumulation von sozialen Problemen in bestimmten Sozialräumen, aber auch (seltener) eine steigende Kinderzahl in den sogenannten „Zuzugskommunen“ stellen hohe Anforderungen an die Planungsinstrumente Sozial- und Jugendhilfeplanung sowie Altenhilfeplanung. Diese Anforderungen an die Planungsinstrumente steigen noch, wenn kommunale Familienpolitik als *Querschnittsaufgabe* verstanden wird, mit den im *Handbuch Kommunale Familienpolitik* beschriebenen Schnittstellen „Kinder- und Jugendhilfe, Wohnungs- und Bodenpolitik, Siedlungsplanung, Wohnumfeldgestaltung, Wirtschaftsförderung, Sozial- und Gesundheitspolitik, Schul-, Sport- und Kulturpolitik und kommunale Verwaltung“.<sup>1</sup>

In der Fachliteratur über kommunale Familienpolitik als Querschnittsaufgabe werden neue Instrumente wie Familienberichterstattung, Familien-Tische oder Zukunftswerkstätten empfohlen.<sup>2</sup>

### ERSTER SCHRITT: ANALYSE DER IST-SITUATION

Wie im Handbuch *Kommunale Familienpolitik* dargestellt, besteht der erste Schritt zu einer kommunalen Familienpolitik in der Analyse des Ist-Zustandes. Das gilt sowohl für das eher traditionelle Verständnis kommunaler Familienpolitik als Infrastrukturpolitik als auch für den sich in den letzten zehn Jahren etablierenden Querschnittsansatz in der kommunalen Familienpolitik.

#### **Ist-Analyse einer Familienpolitik als Infrastrukturpolitik**

Hier greifen Instrumente wie zum Beispiel die Kinder- und Jugendhilfeplanung. Begleitend kommen aber in der Praxis auch schlichte Verfahren zum Tragen. So kommen kommunale Gremien nicht selten zu dem Schluss: „In unserer Kommune leben immer weniger Menschen. Was können wir tun, um junge Familien zu gewinnen?“

In Bezug auf die demographische Situation existiert mit dem *Wegweiser Demographischer Wandel 2020* der Bertelsmann Stiftung ein Instrument für Bestandsaufnahmen, das für alle Kommunen mit mehr als 5.000 Einwohnern Zahlen, Daten und Fakten der demographischen Entwicklung bis 2020 zur Verfügung stellt.<sup>3</sup>

#### **Ist-Analyse bei einem Querschnittsverständnis von Familienpolitik**

Bei der Frage nach geeigneten Methoden einer umfassenden Bestandsaufnahme zur Situation der Familien vor Ort (z.B. hinsichtlich von Kinderbetreuung, Pflege für Ältere, Schule, Wohnen, Verkehrssituation) herrscht bislang noch *Unsicherheit bezüglich praxistauglicher Methoden*. Diese Situation soll anhand von zwei Beispielen verdeutlicht werden: „Komma FF“ und die „Familien-Tische“.

Im Auftrag von Bayern, Hessen (Familien-Tische) und Nordrhein-Westfalen (Komma FF) haben wissenschaftlich orientierte Institutionen in mehrjährigen Modellprojekten Methoden einer umfassenden Bestandsaufnahme zur Situation von Familien in einer Kommune entwickelt und vor Ort angewendet.

### Komma FF (NRW)

Beim Modellprojekt „Komma FF“ wird aufgrund „lokaler Sozialraumanalysen in partizipativen Aktionen“ ein soziologisch untermauertes System für die Erstellung eines Familienberichtes vorgestellt und getestet.<sup>4</sup> Aus dem mit der Ruhr-Universität Bochum (Zentrum für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung, ZEFIR) entwickelten und durchgeführten Modellprojekt gingen Familienberichte für vier Städte hervor. Nach Beendigung des Modellprojektes steht nun das Institut „Faktor Familie“ als Ausgründung aus ZEFIR den Kommunen als Dienstleister in puncto Erstellung von Familienberichten zur Verfügung. Seit Beendigung der Projektphase 2006 wurden hier dreizehn Familienberichte erstellt bzw. sind in Arbeit.<sup>5</sup> Die Kosten sind nicht unerheblich, beispielsweise hat die Stadt Gütersloh für den Familienbericht, der zurzeit erstellt wird, 60.000 Euro im Haushalt bereitgestellt, wobei damit gerechnet wird, dass die tatsächlichen Kosten um einiges höher liegen.

### Kommunale Familien-Tische (Bayern und Hessen)

Ein weiteres Projekt, das ebenfalls mit einer Bestandsaufnahme beginnt, ist der „Kommunale Familien-Tisch“, getestet in elf Gemeinden. Zur Bestandsaufnahme werden möglichst viele gesellschaftliche Gruppen der Kommune gebeten, die „Ist-Situation“ von Familien vor Ort zu beschreiben,<sup>6</sup> geeignete Themen zu formulieren, Fundraising zu betreiben und in einer vernetzten Aktion die Familienfreundlichkeit vor Ort weiterzuentwickeln. Zur Moderation und Steuerung wird der Einsatz einer externen Fachkraft empfohlen. Die Themen werden gemäß der Einschätzung der am Familien-Tisch beteiligten lokalen Gemeinschaft gefunden.

Gemeinsam ist „Komma FF“ und den „Familien-Tischen“, dass zur Implementierung Kommunen auf die projektentwickelnden Institutionen angewiesen bleiben. Angesichts knapper Haushaltslagen stellt sich hier auch die Frage, ob Kommunen sich dies nach Auslaufen der durch die Länder finanzierten Modellprojektphasen leisten können.

Für eine Bestandsaufnahme der Situation von Familien vor Ort erscheint es praktikabel, hierzu die bereits vorhandenen Statistiken heranzuziehen. Hilfreiche Leitfragen für Kommunen können dabei sein:

- Wie viele Kinder werden geboren?
- Wie hoch ist die Erwerbslosigkeit in der Kommune?
- Wie viele Familien mit Migrationshintergrund leben hier?
- Wie viele Eltern Neugeborener wünschen eine frühe Kinderbetreuung?
- Wie viele Eltern brauchen eine Hortbetreuung für ihr Kind?
- Wie hoch ist der Anteil der versetzungsgefährdeten Kinder in allen Schulformen?
- Wie hoch ist die Schulabbrecherquote?
- Welche Ergebnisse erzielen die Schuleingangsuntersuchungen?
- Wie hoch ist die Rate der Delinquenz?

Beispielsweise hat das Gesundheitsamt des Rhein-Kreises Neuss dieses Verfahren angewendet und zum Ausgangspunkt einer sehr erfolgreichen Arbeit gemacht.

### „prokita“ in Neuss

Dieses Projekt, angesiedelt im Gesundheitsamt des Rhein-Kreises Neuss, stellte aufgrund der Auswertung der Statistiken über die Schuleingangsuntersuchungen in unterschiedlichen Stadtteilen fest, in welchen Kitas der größte Bedarf für Gesundheitsprävention besteht. Zugleich wurde die Korrelation zwischen Stadtteilen mit hoher Erwerbslosigkeit und den multiplen Entwicklungsstörungen von Kindern festgestellt.<sup>7</sup>

Auch in Großbritannien arbeitet kommunale Familienpolitik flächendeckend und erfolgreich mit der Nutzung lokaler Daten (*Local Sure Start*-Programme).

## **ZWEITER SCHRITT: THEMENFINDUNG**

### **Themen kommunaler Infrastruktur-Familienpolitik**

Die kommunale Politik für Familien im engeren Verständnis wird in der Regel durch folgende Themen bestimmt:<sup>8</sup>

- Kommunale Familienpolitik als *ausgleichende Sozialpolitik* richtet sich vor allem an Familien in benachteiligten Sozialräumen, die durch die Abnahme von Bildungschancen sowie die Zunahme von Arbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Armut gekennzeichnet sind.

- Bei lokaler Familienpolitik als *Standortpolitik* geht es um familienfreundliche Strukturen, die für Kommunen einen Standortvorteil im Wettbewerb um die Ansiedlung junger Familien und Unternehmen bedeuten. Die Fachwissenschaft<sup>9</sup> sowie das Bundesfamilienministerium sehen den Schwerpunkt kommunaler Familienpolitik auf der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Praktiker vor Ort weisen jedoch auf die Grenzen der Möglichkeiten hin: Kommunen können eine bedarfsdeckende Betreuungsinfrastruktur schaffen, *haben aber nur begrenzten Einfluss auf die Entwicklung einer familienfreundlichen Kultur in den Unternehmen vor Ort*.<sup>10</sup> Leisten können Kommunen aber Wohnbauförderungen, familiengerechte Verkehrsplanung und Freizeitmöglichkeiten, symbolische Aktivitäten wie zum Beispiel ein Babybegabungsgeld oder die Reduzierung von Transport- und Freizeitkosten vor Ort.
- *Infrastrukturpolitik* gilt als der Kern lokaler Familienpolitik. Im *Zwölften Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung* wird gefordert, dass gelungene Infrastrukturpolitik sich durch ein abgestimmtes System von Bildung, Betreuung und Erziehung auszeichnet, bei dem die Bildungsbiographien von Kindern im Mittelpunkt stehen.<sup>11</sup> Schwerpunktinvestitionen seien im Bereich der Null- bis Dreijährigen und für den Aus- und Aufbau ganztägiger Schulangebote zu tätigen.
- Familienpolitik wird auch als *Beteiligungspolitik* verstanden, obwohl die Partizipation von Familien an der kommunalen Entscheidungsfindung streng genommen ein Arbeitsprinzip ist, das seit einigen Jahren für sämtliche Politikfelder Geltung beansprucht. Auch muss an die in der Literatur immer wieder genannten Instrumente wie zum Beispiel Kinder- und Jugendparlamente oder Zukunftswerkstätten die Frage gestellt werden, ob es greifbare Beweise einer Wirksamkeit gibt.
- *Generationenpolitik* ist eine weitere, gängige Definition von Familienpolitik. Ziel ist es, bei der Gestaltung der sozialen Infrastruktur die Bedürfnisse der stetig wachsenden Bevölkerungsgruppe der älteren und hochaltrigen Menschen zu berücksichtigen. Auch hier hat die Suche nach geeigneten Methoden begonnen. Beispielsweise gibt es in der Stadt Bielefeld (NRW) und seit Oktober 2008 auch in der Stadt Hardegsen (Niedersachsen) eine Generationenbeauftragte.

### Themen einer „Querschnitt“-Familienpolitik

Die Themen kommunaler Familienpolitik im Querschnittansatz sind breit gestreut und betreffen alle Themen, die für das Leben von Familien relevant sind. Hierzu gehören:

- demographische Entwicklung,
- sozioökonomische Lage von Familien,
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf,
- Lebensraum Stadt (z.B. Verkehrsplanung, Umweltbedingungen, Spielplätze, Wohnungsbau),
- „Die Kinder in der Familie“ (Bildungsübergänge, Gesundheit, Freizeit),
- Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf (Alleinerziehende, Kinderreiche, Familien mit Migrationshintergrund).

Befragungen von Eltern vor Ort haben ergeben, dass junge Eltern den Schwerpunkt eindeutig auf den Ausbau der Kinderbetreuungsinfrastruktur legen, gefolgt von der Verkehrssituation und Wohnumfeldgestaltung.<sup>12</sup>

### Themen kommunaler Familienpolitik in europäischen Ländern am Beispiel von *Sure Start* in Großbritannien

Basierend auf dem skandinavischen Ansatz eines ganzheitlichen, integrierten und umfassenden Konzeptes für die Bereitstellung von Serviceleistungen für Familien vor Ort, geht Großbritannien seit 1999 mit dem *Sure Start*-Programm einen Weg, der bereits 524 Kommunen und 400.000 Kinder erreicht hat. In dem Regierungsprogramm, das bis jetzt zwanzig Milliarden Pfund gekostet hat und für das bereits Evaluationen vorliegen, werden folgende Ziele, inhaltlich klar definierte Themen und Arbeitsprinzipien formuliert:<sup>13</sup>

- Jedem Kind soll ein optimaler Start ins Leben gesichert werden.
- Eltern müssen die Möglichkeit haben, erwerbstätig zu sein und ihre berufliche Entwicklung vorantreiben zu können. Insbesondere Mütter sind hier eine Zielgruppe.

Vier Themen bilden für alle lokalen *Sure Start*-Programme einen verbindlichen Rahmen, wobei die Programme vor Ort je nach Bedarfslagen ausgestaltet werden:

- Verbesserung/Förderung der emotionalen Entwicklung/Kompetenz in Familien,
- Förderung gesundheitsbewussten Verhaltens,
- Entwicklung von Lernfähigkeit,
- Stärkung des lokalen Umfeldes (vom Wohnungsbau bis zur Senkung der Erwerbslosenquote).

Arbeitsprinzipien der *Local Sure Start*-Programme:

- Qualitätsverbesserung der bestehenden Angebote auf lokaler Ebene, höchste Qualitätsansprüche und Evaluation als Säulen der Arbeit,
- konkrete Zielvorgaben (z.B. Reduktion registrierter Kindesmisshandlungen um zehn Prozent) sind in drei Jahren zu erreichen,
- Partizipation von Eltern und Kindern,
- Sensibilität für individuelle Bedarfslagen, insbesondere auch von Familien mit Migrationshintergrund,
- Kooperation mit allen familienrelevanten Diensten vor Ort, Knüpfung eines engen lokalen Kompetenznetzwerkes für Familien vor Ort.

Ein guter Überblick über das Programm findet sich in den *Peer Reviews* der EU-Kommission, die dort besonders effektive Konzepte vorstellen.<sup>14</sup>

### **DRITTER SCHRITT: PRAKTISCHE UMSETZUNG**

#### **Beispiele familienpolitischer Praxis kommunaler Infrastrukturpolitik**

Junge Familien gelten als die Grundlage der Zukunftssicherung einer Kommune, eine familienfreundliche Infrastruktur als Schwerpunkt kommunaler Familienpolitik wird vielerorts zur Überlebensfrage. Eine zentrale Rolle für Menschen mit Familienverantwortung (Fürsorge für Kinder und Familienmitglieder in Krankheit und Alter) spielt die Frage, ob sich die mit Familie verbundenen Aufgaben der Fürsorge und Pflege mit der finanziellen Existenzsicherung durch einen Beruf und/oder mit weiteren beruflichen Zielen verbinden lassen.

#### **München**

---

In der Stadtverwaltung München (26.000 Mitarbeiter/-innen) wendet die Personalabteilung seit dem Jahr 2000 einen Leitfaden für Beurlaubungs- und Rückkehrgespräche mit jungen Eltern an und bietet ein Programm zum Kontakthalten während der Elternzeiten an.<sup>15</sup>

#### **Projekt „Arbeitsmarktintegration Alleinerziehender“**

---

Das in einem dreijährigen Projekt (Deutsches Jugendinstitut, DJI; Nürnberger Bündnis für Familie; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) erarbeitete Handlungskonzept zur „Unterstützung für Alleinerziehende – Arbeitsmarktintegration und soziale Teilhabe“ bietet ein zielgerichtetes Fallmanagement für Alleinerziehende mit besonderem Beratungsbedarf. Es bleibt den Kommunen überlassen, ob sie Personal für diese Aufgabe schulen bzw. dafür „neue und wirkungsvolle Strukturen“ schaffen. Der Projektabschlussbericht schließt mit dem Satz: „Angesichts der Finanzkrise in den kommunalen Haushalten führt eine so allgemeine Verpflichtung nicht automatisch auch zu energischem Handeln“.<sup>16</sup>

#### **Ellern**

---

Wie wichtig ein *bedarfsdeckender Ausbau von Kinderbetreuung* für junge Familien ist, wird am Beispiel der kleinen rheinland-pfälzischen Gemeinde Ellern deutlich: Die von Überalterung und Schrumpfung gekennzeichnete Gemeinde verzeichnete nach der Einrichtung von Hort, Übermittagsbetreuung in der Grundschule und Nachmittagsbetreuung im Kindergarten den Zuzug von so vielen jungen Familien, dass die Geburtenquote der Gemeinde sich binnen weniger Jahre vervierfachte.<sup>17</sup>

#### **Darmstadt, Groitzsch, Kaufbeuren, Laer, Jena**

---

In diesen Kommunen zeigt sich, wie eine familienfreundliche Infrastruktur aussehen kann. Sie halten ein bedarfsdeckendes Angebot für Kinder aller Altersstufen vor, inklusive Krippen, Horte und eine Begleitung sehr junger Kinder zur Busstation. Sie sehen darin die beste Prävention vor Überalterung und Schrumpfung.<sup>18</sup>

### Landkreis Dachau

Als große Hilfe für Eltern erweist sich auch, wenn Kommunen Verantwortung für Organisation und Qualität von Tagespflege übernehmen. Der Landkreis Dachau trägt seit zehn Jahren mit Erfolg eine Zentrale für die Vermittlung von Tagesmüttern. Diese Zentrale ist Anlaufstelle für Eltern und Tagesmütter, sie regelt die Finanzierung, bietet Fortbildungen an und hält Räume und Personal für die Ersatzbetreuung von Kindern bei Ausfall der Tagesmutter vor.

Auch gibt es gute Beispiele, die zeigen, wie die abnehmende Kinderzahl zugunsten verbesserter Angebote für Kinder genutzt werden kann.<sup>19</sup>

### Kassel

In der Stadt Kassel bieten nicht ausgelastete Kitas seit 2004 eine Hortbetreuung von 7.30 bis 13.30 Uhr und von 13.00 bis 17.00 Uhr an, einschließlich einer warmen Mittagsmahlzeit und der Betreuung in den Ferienzeiten. Voraussetzung ist die Zusammenarbeit zwischen Jugendamt und Schulamt in Abstimmung mit den Grundschulen, den städtischen Kitas und den freien Trägern.<sup>20</sup>

### **Finanzielle Unterstützung**

#### ***Zuschüsse für den Erwerb von Wohneigentum in Denkendorf, Ellern, Frankenberg, Groitzsch, Hamburg, Kaufbeuren, Paderborn, Viereck***

*Zuschüsse für den Erwerb von Wohneigentum* wie in den genannten Beispielen werden von Kommunen im Rahmen traditioneller Zuständigkeiten eingesetzt, wenn es darum geht, den *Wettbewerb von Regionen und Gemeinden um junge Familien* zu gewinnen. In einigen Fällen, wie zum Beispiel im württembergischen Denkendorf, waren die Ergebnisse einer Förderung des Erwerbs von Wohneigentum so befriedigend, dass einige Jahre nach Einführung der kommunalen Eigenheimzulage diese wieder abgeschafft wurde. Diese Maßnahme hatte so viele junge Familien mit Kindern in die Gemeinde gezogen, dass deren Infrastruktur für die nächsten sechzig Jahre als gesichert gilt.<sup>21</sup> Die Stadt Paderborn kauft Bauerwartungsland auf, welches überplant und erschlossen wird. Die Grundstücke werden dann im Anschluss zu Preisen, die bis zu 50 Prozent unter Marktniveau liegen, vorrangig an junge Familien veräußert.<sup>22</sup>

Einen Überblick über Förderangebote von Kommunen im gesamten Bundesgebiet gibt die Onlinedatenbank der „Aktion pro Eigenheim“.<sup>23</sup>

#### ***„Babybegrüßungsgeld“ als Ausdruck des Willkommenheißen und der Wertschätzung in Frankenberg, Ellern, Viereck***

In einigen Gemeinden werden „frischgebackene“ Eltern in einer öffentlichen Feierstunde im Rathaus mit ihrem Baby als Familie in der Gemeinde oder Stadt willkommen geheißen und sie erhalten ein kleines Geldgeschenk (von 100 bis 500 Euro). Nach Aussagen von befragten Eltern geht es ihnen weniger um den Geldbetrag, sondern um die Geste der Freundlichkeit und Wertschätzung, die symbolisch zeigen soll, dass Familien für den jeweiligen Wohnort wertvoll sind.<sup>24</sup>

### **Beispiele familienpolitischer Praxis im Querschnittansatz**

In der Praxis sind die Instrumente des familienpolitischen Querschnittansatzes, wie zum Beispiel die Familienberichterstattung oder die Familien-Tische, nicht leicht in Handlung umsetzbar.

#### ***„Kleiner Dienst“ in Mitterteich***

Die bis 2005 vorhandene Dokumentation der Familien-Tische verzeichnet in einzelnen Kommunen kleine Projekte als Ergebnis der Arbeit der Familien-Tische. Hierzu gehört der „Kleine Dienst“ in Mitterteich, der eine stundenweise Entlastung pflegender Angehöriger organisiert.<sup>25</sup>

Insgesamt gibt es keinen Überblick, wie die Familien-Tische der Modellgemeinden sich nach Abschluss der Projektphase (2005) weiterentwickelt haben. Eine Ausnahme ist der Familien-Tisch in Gröbenzell.

#### ***Koordination des Familien-Tisches in Gröbenzell***

Im bayerischen Gröbenzell, wo für ein Jahr (2008) in der Stadtverwaltung eine (halbe) Stelle zur Einrichtung und Koordination des Familien-Tisches geschaffen wurde, entwerfen sieben Arbeitsgruppen von Bürgerinnen und Bürgern der Kommune Handlungspläne. Nach dem Ausscheiden der verantwortlichen Koordinatorin, deren Halbtagesstelle auf die Projektlaufzeit von einem Jahr beschränkt war, sind die Prognosen für die Weiterarbeit und Umsetzung von Ideen der AGs nicht günstig. Wie in

Interviews zu erfahren war, sind die *Initiativen in den anderen Modellkommunen nach deren Anschub weitgehend versiegt*, weil es niemanden gibt, der für Nachhaltigkeit verantwortlich ist.

In einzelnen Fällen, wie zum Beispiel in Germering, ist aus dem Familientisch ein Lokales Bündnis für Familien hervorgegangen, das aufgrund seiner Anbindung an den Bund und einer soliden finanziellen Ausstattung bessere Erfolgchancen im Sinne einer Nachhaltigkeit hat. Entscheidend ist, vor Ort eine *verantwortliche Person* zu bestimmen, so dass eine Organisation und Koordination der Familien-Tische auch nach der Anschubphase ermöglicht werden.

Bessere Erfolge verzeichnen Kommunen mit der Umsetzung des Querschnittansatzes, wenn sie ihre Möglichkeiten nutzen, um *vernetzte Strukturen für Familien* zu schaffen.

#### **„Große Koalition für Kinder“ des Landkreises Emsland**

Bereits 2005 unterzeichneten 300 Vertreter aus Politik, Gemeinden, Wirtschaft, Verbänden und Kirche eine gemeinsame Koalitionserklärung mit dem Ziel, im Emsland ein kinder- und familienfreundliches Klima zu gewährleisten. Ein Ergebnis sind die inzwischen an 24 Standorten entstandenen Familienzentren, die insbesondere auch auf den quantitativen und qualitativen Ausbau der Kinderbetreuung abzielen. Bis 2009/2010 soll ein flächendeckendes Angebot für unter Dreijährige vorgehalten werden. Bereits jetzt bieten die Familienzentren Lösungen für die Ferienzeit, für Hortbetreuungen von Grundschulkindern und eine Notfallbetreuung, z.B. bei Krankheit von Eltern, Kindern oder Betreuungspersonal. Die Familienzentren sind auch Orte für die Qualifizierung von Tagespflegepersonen. Innerhalb von zwei Jahren wurden dort bereits 250 Tagespflegepersonen qualifiziert und vermittelt.<sup>26</sup>

#### **„Haus für viele Generationen“ in Bad Neuenahr-Ahrweiler**

Hier entsteht derzeit in der ehemaligen Grundschule von Bad Neuenahr ein Zentrum für familienorientierte Angebote und Dienstleistungen, die sich an Familien in allen Lebensphasen richten. Ein Ziel ist es, die Vernetzung der Generationen zu fördern. Unter anderem ziehen dort ein: ein Kindergarten, eine Hortgruppe, die Familienbildungsstätte und das Seniorennetzwerk.<sup>27</sup>

#### **„Hof-Eiche-24.de“ in Emsdetten**

In Emsdetten ist, angestoßen durch eine Bürgerinitiative, eine kleine Siedlung aus sechs Mehr- und Einfamilienhäusern entstanden, in der die Bewohner das Miteinanderleben bewusst gestalten und pflegen. Die Häuser stehen einander zugewandt und haben in der Mitte ein Zentrum mit Gemeinschaftsräumen für die Nachbarschaft. Die Bewohner sind zwischen fünf und 75 Jahren alt, die Wohnungen kindgerecht und barrierefrei gebaut.<sup>28</sup>

#### **„Amaryllis“ in Bonn/Vilich-Müldorf**

Hier leben zwanzig Kinder und 46 Erwachsene (im Alter von ein bis achtzig Jahren) in Niedrigenergiehäusern, die alle mit Laubengängen verbunden sind. Die Siedlung bezeichnet sich als „autoarm“, Carsharing ist eine der neuen Formen, auch bewusst mit der Umwelt umzugehen. Die Menschen in den unterschiedlichsten Lebenssituationen (Singles, Paare mit und ohne Kinder, Alleinerziehende) möchten in „selbstbestimmter, sozial verantwortlicher und verbindlicher Nachbarschaft“ wohnen. Sowohl Gemeinschaft, aber auch Rückzug und Privatsphäre werden wichtig genommen.<sup>29</sup>

#### **„Zentrum für Familien“ in Bergheim**

Seit 2004 gibt es in einem Teil des Rathauses der Stadt Bergheim ein Informations- und Beratungszentrum für Kinder, Jugendliche und Eltern der Stadt. Auf Initiative des Jugendhilfeausschusses und finanziert durch den Jugendhilfeetat der Stadt sowie durch Landesmittel finden Familien hier Erziehungs- und Familienberatung, sozialpädagogische Familienhilfe, Schulsozialarbeit und Schul- und Jugendberatung.<sup>30</sup>

#### **„Stadtteilzentrum“ in Magdeburg/Neu-Olvenstedt**

In Magdeburg/Neu-Olvenstedt, einem sozialen Brennpunkt, wurden sinkende Kinderzahlen und die drohende Schließung von Kitas ins Positive gewendet, indem auf Initiative eines freien Trägers eine Kita zum Stadtteilzentrum für Familien ausgebaut wurde. Dort finden sich Angebote für junge Familien (z.B. Stillgruppen), ein Hort, Kinderbetreuung für Vorschulkindern, eine Jugendwerkstatt, ambulante Erziehungshilfen und ein Stadtteilcafé. Sehr komplex ist die Finanzierung: Die „unvollständige



Aufzählung“ listet als Beteiligte auf: Kommune, Land, Bund, EU, Aktion Mensch, Lotto-Toto, Sponsoren, Spenden, Elternbeiträge.<sup>31</sup>

#### ***Beispiel Bildungsbüro „Kind und Ko(m)mune“ der Stadt Paderborn***

---

Hervorgegangen aus einem Projekt zur Verbesserung frühkindlicher Bildung, Betreuung und Erziehung von Kindern im Alter von null bis acht Jahren hat die Stadt Paderborn nach Beendigung der Projektphase ein Bildungsbüro eingerichtet, das die Durchführung und Weiterentwicklung der Projektmaßnahmen zur Aufgabe hat. In einem vernetzten Prozess wirken die Ressorts Bildung, Gesundheit, Soziales sowie Kinder- und Jugendhilfe bei der Qualitätssicherung bestehender und dem Aufbau neuer Dienste für Kinder und Eltern mit. Ein Beispiel ist die Arbeitsgruppe „Rund um die Geburt“, die ein breites Spektrum von Angeboten (z.B. ehrenamtliche Familienbegleitung über Kleinkindschwimmen bis hin zu Beratungsangeboten) aufeinander abstimmt und an Familien übermittelt.<sup>32</sup>

#### ***„Komm sicher an (KOSIAN)“ der Stadt Paderborn***

---

Das neue städtische Projekt „KOSIAN“ ist ein ehrenamtliches Projekt zur Unterstützung junger Eltern und Mütter. Inzwischen sind 23 ehrenamtliche Familienbegleiterinnen tätig, die junge Familien besuchen und ihnen niedrigschwellige, bedarfsgerechte Begleitung anbieten. Die Familienbegleiterinnen werden vom Bildungsbüro der Stadt Paderborn regelmäßig zum Erfahrungsaustausch und zur Fortbildung eingeladen. Die Rückmeldungen von jungen Familien in Paderborn sind außerordentlich zahlreich und positiv.<sup>33</sup>

#### ***Der Landkreis Günzburg – die Familien- und Kinderregion***

---

Mit der Standortentscheidung von Legoland im Jahr 1999, seinen vierten Freizeitpark weltweit in Günzburg anzusiedeln, hat sich der Landkreis mit seinem Leitbild „Familien- und Kinderregion“ klar positioniert. Es erfolgte eine eindeutige Fokussierung aller Bemühungen auf Familien mit Kindern und schließlich eine ganzheitliche Ausrichtung des Landkreises auf diese Zielgruppe. Dazu gehört insbesondere ein aktives Regionalmarketing, das den Kreis touristisch für Familien erschließt, der Einsatz für die Vereinbarkeit von Familien und Beruf in Zusammenarbeit mit der Industrie- und

Handelskammer sowie der Handwerkskammer Schwaben, und die Schaffung eines familienfreundlichen Gesellschaftsklimas durch die Entfaltung verborgener Potentiale (z.B. Aufbau einer Freiwilligenagentur), die Bündelung von Angeboten (z.B. bei Sprachkursen für Migranten) oder die Zertifizierung der eigenen Verwaltung.<sup>34</sup>

#### ***„Familiengerechtes Hanau – eine Stadt baut Zeitbrücken zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf“***

---

In Hanau (rund 94.000 Einwohner) wird seit Mitte der 1990er Jahre eine neue Zeitpolitik betrieben, angesiedelt beim Frauenbüro der Stadt. Ziel ist es, den täglichen Zeitstress für Erziehende und Pflegende zu reduzieren und dadurch eine deutliche Steigerung der Lebensqualität in Familien und eine bessere Balance von Familie und Beruf zu erreichen. Dies geschieht u.a. durch die Einrichtung von „Zeitfenstern“ (z.B. familiengerechte Öffnungszeiten von Post, Arztpraxen etc.), „Zeitbrücken“ und „Zeitinseln“, z.B. durch Angebote von stundenweiser Betreuung von Kindern nach Kindergarten oder Hort sowie durch die stundenweise Entlastung von Pflegenden durch ehrenamtlich Tätige.<sup>35</sup>

#### ***Lebensqualität für Familien durch neue Wohn- und Lebensformen in Köln – „Stellwerk 60“***

---

Mit Unterstützung der Stadt (in Form einer wohlwollenden Bauleitplanung) ist in Köln in einem innenstadtnahen Gebiet (Nippes) eine Siedlung mit 400 Wohneinheiten entstanden, in denen ein neues Lebens- und Wohnmodell realisiert wird. Die bauliche Gestaltung lädt ein zum generationenübergreifenden und kommunikationsreichen Zusammenleben von Menschen. Der Gewinn an Lebensqualität für Jung und Alt wird durch Autofreiheit, viele Grünflächen, zahlreiche Orte der Kommunikation und Niedrigenergiebauweise erzielt.<sup>36</sup>

#### ***„Generationenplätze“ im Rhein-Kreis Neuss***

---

In einem Pilotprojekt entwickelt derzeit das Jugendamt des Rhein-Kreises Neuss zusammen mit der Gemeinde Jüchen ein Konzept für „Generationenplätze“ zunächst an zentralen Orten im Gemeindegebiet Jüchen. Ziel ist es, dem Bewegungsmangel sowohl bei der älteren als auch bei der jüngeren Generation entgegenzuwirken und darüber hinaus auch Gelegenheit zur intergenerationellen Kommunikation zu bieten. Auf ge-

eigneten Plätzen sollen Fitnessgeräte installiert werden, die auf die Erhaltung der Beweglichkeit und die motorischen Fähigkeiten bei Kindern und Erwachsenen abgestimmt sind.<sup>37</sup>

### Qualitätsoffensiven durch hochkompetente Personen oder Teams

Die Praxis zeigt deutlich, dass Kommunen nicht nur bei der Finanzierung, sondern insbesondere bei der Qualitätssicherung oder Neuentwicklung von Angeboten zur Lösung aktueller Problemlagen ihre Grenzen finden. Sehr häufig werden *hochkompetente Einzelpersonen bzw. Teams* in den Institutionen zu *Innovationslokomotiven*. Kommunen nehmen hier die wichtige Aufgabe wahr, solche Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln (Kommunikation, Zeit, Geld) zu fördern.

Wie auch im *Handbuch Kommunale Familienpolitik* nachzulesen, handelt es sich bei kommunaler Familienpolitik mit einem vernetzten Ansatz in vielen Fällen weniger um *Maßnahmen der Kommunen, sondern um Aktivitäten in den Kommunen*:<sup>38</sup> Angesichts existentieller und Tag für Tag erfahrbarer Notlagen, zum Beispiel in den Bereichen Gesundheit und Bildung, reagieren hochkompetente Einzelpersonen mit effektiven Konzepten auf die Bedarfe von Kindern und deren Eltern. Bei der Entwicklung von Förderkonzepten suchen sie qualitativ hochwertige Konzepte und setzen diese erfolgreich in die Praxis um. Im Rahmen der Arbeit von außergewöhnlich engagierten Einzelpersonen und Teams in familienrelevanten Institutionen finden sich auch die meisten Evaluationen zur Wirksamkeit familienstärkender Maßnahmen.

### Frankenthal

Ein Beispiel ist die Friedrich-Ebert-Hauptschule in einem sozialen Brennpunkt der pfälzischen Stadt Frankenthal. Als vor zehn Jahren das Gewaltproblem an der Schule Unterricht fast unmöglich machte, begann ein kleines Team von Lehrern und Lehrerinnen gemeinsam mit einer Schulpsychologin ein völlig neues Schulkonzept aufzustellen. Im Zentrum steht dabei ein Konzept aus den USA (Glen Mills) und eine Fülle von Maßnahmen, allen voran die Vernetzung mit Jugendamt und Stadt. *Mittlerweile ist die Schule „gewaltfrei“ und von der Ministerin für Integration zum bundesweiten Modellprojekt erklärt worden*.<sup>39</sup>

### Düsseldorf

In der Stadt Düsseldorf ging die Initiative zu einem präventiven Hilfeangebot im Bereich der Kindesvernachlässigung von der Ärzteschaft in Geburtskliniken aus, die nicht mehr weiter unbeteiligt zuschauen wollte, wie zum Beispiel Mütter im Teenageralter, teilweise drogenabhängig, ohne jedes soziale Netz mit ihrem Baby einfach aus der Klinik entlassen wurden. Mittlerweile gibt es hier eine bei der Stadt angesiedelte *Clearingstelle* mit medizinischem und pädagogischem Personal, das junge Eltern über mehrere Jahre hinweg begleitet.<sup>40</sup>

### Babenhäusen

In einem sozial benachteiligten Gebiet der bayerischen Gemeinde Babenhäusen gelegen, hat es eine Kindergartenleiterin geschafft, durch gezielte, umfassende Förderung kognitiver, emotionaler, sozialer und gesundheitlicher Kompetenzen die *Chancen der Kindergartenkinder auf Schulerfolg messbar zu erhöhen*.<sup>41</sup> Die Kommune unterstützt die Arbeit durch die Bewilligung zusätzlichen, qualifizierten Personals und durch die Finanzierung von Maßnahmen wie die Gestaltung der Kita (im Bereich der Gesundheitserziehung) nach den Ideen von Kneipp. Aber etwa die Hälfte der Fortbildungen des Teams, beispielsweise im Bereich der Schulung von Motorik oder Musikalität der Kinder, bezahlt das Personal aus eigener Tasche.

- 1| Jordan, Erwin / Hensen, Gregor: *Kommunale Familienpolitik*. In: Schmidt, Nora (Hrsg.): *Handbuch Kommunale Familienpolitik. Ein Praxishandbuch für mehr Familienfreundlichkeit in Kommunen*. – Berlin: Deutscher Verein für Öffentliche und Private Fürsorge, 2006. – S. 60-70. – (Hand- und Arbeitsbücher / Deutscher Verein für Öffentliche und Private Fürsorge; 14).
- 2| „Empfehlungen des Deutschen Vereins.“ In: Schmidt, Nora (Hrsg.): *Handbuch Kommunale Familienpolitik. Ein Praxishandbuch für mehr Familienfreundlichkeit in Kommunen*. – Berlin: Deutscher Verein für Öffentliche und Private Fürsorge, 2006. – S. 145-158. – (Hand- und Arbeitsbücher / Deutscher Verein für Öffentliche und Private Fürsorge; 14).
- 3| Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): *Wegweiser Demographischer Wandel 2020. Analysen und Handlungskonzepte für Städte und Gemeinden*. – Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2007. Vgl. auch das Angebot der Bertelsmann Stiftung auf der Homepage <http://wegweiser-kommune.de> [16.12.2008].
- 4| Hensen, Gregor: *Kommunales Management für Familien (Komma FF) – ein Modellprojekt in NRW*. In: Schmidt, Nora (Hrsg.): *Handbuch Kommunale Familienpolitik. Ein Praxishandbuch für mehr Familienfreundlichkeit in Kommunen*. – Berlin: Deutscher Verein für Öffentliche und Private Fürsorge, 2006. – S. 124-128. – (Hand- und Arbeitsbücher / Deutscher Verein für Öffentliche und Private Fürsorge; 14).

- 5| Vgl. „Familienberichterstattung.“ In: Faktor Familie. – <http://faktor-familie.server6.tibit.de/faktor-familie/index.php?id=23> [16.12.2008].
- 6| Wüst, Jürgen: *Der Kommunale Familien-Tisch. In: Schmidt, Nora (Hrsg.): Handbuch Kommunale Familienpolitik. Ein Praxishandbuch für mehr Familienfreundlichkeit in Kommunen.* – Berlin: Deutscher Verein für Öffentliche und Private Fürsorge, 2006. – S. 128-134. – (Hand- und Arbeitsbücher / Deutscher Verein für Öffentliche und Private Fürsorge; 14).
- 7| Vgl. Hoffmann, Elisabeth: *Kinder, Kinder ... Was sich in den Kommunen tut. Best Practice-Modelle für die Stärkung von Kindern und Familie.* – Sankt Augustin/Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2006.
- 8| Vgl. Schmidt, Nora (Hrsg.): *Handbuch Kommunale Familienpolitik. Ein Praxishandbuch für mehr Familienfreundlichkeit in Kommunen.* – Berlin: Deutscher Verein für Öffentliche und Private Fürsorge, 2006. – (Hand- und Arbeitsbücher / Deutscher Verein für Öffentliche und Private Fürsorge; 14).
- 9| Gerlach, Irene / Juncke, David: *Vereinbarkeit von Beruf und Familie – Unternehmen und Kommunen als familienpolitische Akteure.* In: Schmidt, Nora (Hrsg.): *Handbuch Kommunale Familienpolitik. Ein Praxishandbuch für mehr Familienfreundlichkeit in Kommunen.* – Berlin: Deutscher Verein für Öffentliche und Private Fürsorge, 2006. – S. 203-213. – (Hand- und Arbeitsbücher / Deutscher Verein für Öffentliche und Private Fürsorge; 14).
- 10| Vgl. Schimke, Hans-Jürgen: *Grüne Kommunalpolitik für die Zukunft. Die kinderfreundliche Kommune braucht die Unterstützung von Staat und Gesellschaft.* In: *Alternative Kommunalpolitik*, (2006) 4, S. 28-29.
- 11| Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): *Zwölfter Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe.* – Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2006
- 12| So z.B. die Ergebnisse einer internen Befragung zum Familien-Tisch Gröbenzell im Jahr 2007. Vgl. auch Hoffmann: *Kinder, Kinder ...*, 2006.
- 13| Vgl. „National Evaluation of Sure Start – Impact Study.“ In: Birkbeck, University of London. – <http://www.ness.bbk.ac.uk/impact.asp> [16.12.2008].
- 14| „Ein guter Start ins Leben.“ In: Europäische Kommission – GD Beschäftigung, Soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit: *Peer Reviews zu Sozialschutz und sozialer Eingliederung sowie Bewertung im Bereich soziale Eingliederung.* – <http://www.peer-review-social-inclusion.eu/peer-reviews/2006/sure-start> [16.12.2008].
- 15| Vgl. Landeshauptstadt München, Personal- und Organisationsreferat (Hrsg.): *Kontakt schaffen – für Familie und Beruf. Leitfaden für Beurlaubungs- und Rückkehrgespräche.* – München: Stadtkanzlei, 2005. – [http://www.muenchen.de/cms/prod1/mde/\\_de/rubriken/Rathaus/60\\_por/11\\_broschueren/beurlaubtenleitfaden\\_gesamt.pdf](http://www.muenchen.de/cms/prod1/mde/_de/rubriken/Rathaus/60_por/11_broschueren/beurlaubtenleitfaden_gesamt.pdf) [16.12.2008].
- 16| Sterzing, Dorit: *Kommunales Handlungskonzept „Unterstützung für Alleinerziehende“ – Arbeitsmarktintegration und soziale Teilhabe.* In: Schmidt, Nora (Hrsg.): *Handbuch Kommunale Familienpolitik. Ein Praxishandbuch für mehr Familienfreundlichkeit in Kommunen.* – Berlin: Deutscher Verein für Öffentliche und Private Fürsorge, 2006. – S. 213-231. – (Hand- und Arbeitsbücher / Deutscher Verein für Öffentliche und Private Fürsorge; 14).
- 17| Vgl. Hoffmann: *Kinder, Kinder ...*, 2006.
- 18| Ebd.
- 19| Jordan / Hensen: *Familienpolitik*, 2006.
- 20| Ebd.
- 21| Vgl. Hoffmann: *Kinder, Kinder ...*, 2006.

- 22| Vgl. <http://www.paderborn.de> [08.01.2009].
- 23| Vgl. [www.aktion-pro-eigenheim.de](http://www.aktion-pro-eigenheim.de) [08.01.2009].
- 24| Vgl. Hoffmann: *Kinder, Kinder ...*, 2006.
- 25| Wüst: *Familien-Tisch*, 2006.
- 26| Vgl. *Der Landkreis. Zeitschrift für Kommunale Selbstverwaltung*, 79 (2009), 1, S. 39 ff.
- 27| *Informationen zum Haus der Familien finden sich auf der Homepage* [http://www.mehrgenerationenhaeuser.de/coremedia/generator/mgh/de/01\\_Mehrgenerationenh\\_C3\\_A4user/04\\_\\_H\\_C3\\_A4userinformationen/Bad\\_20Neuenahr-Ahrweiler/Haus\\_\\_1485.html](http://www.mehrgenerationenhaeuser.de/coremedia/generator/mgh/de/01_Mehrgenerationenh_C3_A4user/04__H_C3_A4userinformationen/Bad_20Neuenahr-Ahrweiler/Haus__1485.html) [16.12.2008].
- 28| Vgl. <http://www.hof-eiche-24.de/> [16.12.2008].
- 29| Vgl. <http://www.amaryllis-bonn.de/> [16.12.2008].
- 30| Jordan / Hensen: *Familienpolitik*, 2006.
- 31| Vgl. <http://www.die-bruecke-magdeburg.de/stage/stz.php> [16.12.2008].
- 32| Vgl. <http://www.paderborn.de/microsite/jugendamt/kindundko.php> [16.12.2008].
- 33| Vgl. <http://www.paderborn.de> [08.01.2009].
- 34| Derck, Dagmar / Jehle, Dieter: *Der Landkreis Günzburg – die Familien- und Kinderregion.* In: *Der Landkreis. Zeitschrift für kommunale Selbstverwaltung*, 76 (2006) 7, S. 517-518.
- 35| Vgl. <http://www.hanau.de/lebeninhanau/familie/familie/fmgh/uebersicht/01446/> [16.12.2008].
- 36| Vgl. <http://www.stellwerk60.de/> [16.12.2008].
- 37| Vgl. <http://www.rhein-kreis-neuss.de> [08.01.2009].
- 38| Vgl. Jordan / Hensen: *Familienpolitik*, 2006.
- 39| Vgl. Hoffmann: *Kinder, Kinder ...*, 2006.
- 40| „Präventionsprogramm ‚Zukunft für Kinder‘.“ In: *Landeshauptstadt Düsseldorf.* – [http://www.duesseldorf.de/gesundheits/zukunft\\_fuer\\_kinder/index.shtml](http://www.duesseldorf.de/gesundheits/zukunft_fuer_kinder/index.shtml) [16.12.2008]. Vgl. Hoffmann: *Kinder, Kinder ...*, 2006.
- 41| Vgl. Hoffmann: *Kinder, Kinder ...*, 2006.

## FAZIT

### *These 1: Finanzierung, Qualität und Personal als Voraussetzung erfolgreicher Familienpolitik*

Familienfreundlichkeit ist in den letzten Jahren im Wettbewerb der Kommunen um junge Familien zu einem zentralen Faktor kommunaler Politik geworden. Kommunen sind gestaltungsfähig bei dem Ausbau einer bedarfsdeckenden Infrastruktur der Betreuung und Bildung von Kindern aller Altersgruppen, wobei eine ausreichende Finanzausstattung der Kommunen gesichert sein muss. Es stellt sich auch die Frage, wie Verantwortung von Kommunen in dem zentralen Bereich der Bildung aussieht und welche Rolle sie bei der Frage von Qualitätssicherung einnehmen. Die hohen Ansprüche, die (zu Recht) zum Beispiel an Institutionen der Kinderbetreuung gestellt werden, richten sich an Kommunen: Zeitlich flexible, pädagogisch hochwertige Betreuungsinstitutionen, auch für Kinder unter drei Jahren, inklusive gesundes Mittagessen, entsprechen den Bedürfnissen von Kindern und Eltern. Immer stärker werden auch die Nachfragen von Eltern nach Ganztagschulen, die eine effektive Hausaufgabenbetreuung bewerkstelligen, deren Grenzen zur Nachhilfe fließend sind. Soll diesen Bedürfnissen bzw. Notwendigkeiten entsprochen werden, so müssen neue Konzepte erstellt werden, die Kinder und Jugendliche nachweislich wirksam fördern, d.h. sich im schulischen und beruflichen Erfolg zeigen. Diese Aufgabe stellt alle Beteiligten vor Herausforderungen.

### *These 2: Hochkompetente Einzelpersonen und Teams bedürfen der Unterstützung durch Kommunen*

Eine zentrale Rolle bei der praktischen Umsetzung des Querschnittsansatzes von kommunaler Familienpolitik spielen außergewöhnlich kompetente und engagierte Personen bzw. Teams in familienrelevanten Institutionen der Kommunen. Diese Innovationslokomotiven bedürfen der Unterstützung durch die Kommunen.

### *These 3: Änderung der Methoden von Projektförderung ist notwendig: Evidenz statt Zufälligkeit und Bündelung von Ressourcen statt Gießkannenprinzip*

Sowohl Kompetenzteams vor Ort als auch externe wissenschaftliche Institutionen, wie zum Beispiel das DJI, unterstützen Kommunen mit einer Fülle von Projekten in den Querschnittsbereichen, finanziert durch EU-, Bundes- und Landesmittel sowie einem bunten Strauß der unterschiedlichsten Geldgeber. Diese Projekte, für die eine Laufzeit von zwei Jahren schon als üppig gilt, sind nach den Anschubfinanzierungen und erfolgreicher Arbeit oft nicht in der Lage, nach Auslaufen der Projektfinanzierung weiterzuexistieren. Auch für eine Evaluation der Wirksamkeit reicht selbst bei größeren Projekten meist nicht das Geld.

Allerdings werden in der Regel weitere Gelder in neue Projekte gesteckt, die auch nach kurzer Zeit wiederum ohne Evaluation enden. Manche Projekte halten sich durch das Gewinnen von Preisen und die (wechselhafte) Großzügigkeit von Sponsoren noch eine Zeit lang über Wasser, aber den wenigsten gelingt eine Implementierung in die Kommunen.

Folgende Ergebnisse lassen sich zusammenfassen:

- Kommunen brauchen bei der Ausgestaltung von Familienpolitik in der Trias Zeit, Geld und Infrastrukturpolitik sowohl Unterstützung bei der Finanzierung als auch bei der Qualitätssicherung zum Beispiel im Bildungsbereich.
- Eine effektive Politik für Familien bedarf der Entwirrung der Vielzahl an Zuständigkeiten und unterschiedlichen Trägern von Angeboten.

- Neu entwickelte Instrumente einer Familienpolitik, wie zum Beispiel Familien-Tische, brauchen eine dauerhafte finanzielle Sicherung, die in der kommunalen Struktur verankert ist, mit festen Verantwortlichkeiten für Management, Koordination und Nachhaltigkeit.
- Anstatt immer neue Projekte im Anschub zu finanzieren und dann im Sande verlaufen zu lassen, ist eine Konzentration auf weniger, aber evidenzbasierte Modellprojekte sinnvoll.

## LITERATUR

- *Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Wegweiser Demographischer Wandel 2020. Analysen und Handlungskonzepte für Städte und Gemeinden. – Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2007. – (Schriftenreihe; 607).*
- *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Die Initiative „Lokale Bündnisse für Familie“ aus ökonomischer Sicht. – Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2006.*
- *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslange Familienpolitik. Siebter Familienbericht. – Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2006.*
- *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Zwölfter Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe. – Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2006.*
- *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Familienmonitor 2008. Repräsentative Befragung zum Familienleben und zur Familienpolitik. Institut für Demoskopie Allensbach, im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. – Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2008.*
- *CDU: Freiheit und Sicherheit. Grundsätze für Deutschland. Das Grundsatzprogramm. Beschlossen vom 21. Parteitag, Hannover, 3.-4. Dezember 2007. – <http://www.cdu.de/doc/pdfc/071203-beschluss-grundsatzprogramm-6-navigierbar.pdf> [16.12.2008].*
- *Deutscher Landkreistag (Hrsg.): Familien im Mittelpunkt – Landkreise als Kompetenzzentren für Familien. – Berlin: Deutscher Landkreistag, 2006. – (Schriften des Deutschen Landkreistages; 62).*

- *Deutscher Landkreistag (Hrsg.): Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern. – Berlin: Deutscher Landkreistag, 2007. – (Schriften des Deutschen Landkreistages; 67).*
- *Deutscher Städte- und Gemeindebund: Mit Familien die Zukunft gewinnen. Perspektiven des Deutschen Städte- und Gemeindebundes zur Familienpolitik in Deutschland. – Berlin: Deutscher Städte- und Gemeindebund, 2001. – (DStGB-Dokumentation; 20).*
- *Deutscher Städte- und Gemeindebund: Gemeinden sagen Ja zu Kindern. Konzepte und Maßnahmen für mehr Kinder- und Familienfreundlichkeit in Städten und Gemeinden. – Berlin: Deutscher Städte- und Gemeindebund, 2005. – (DStGB-Dokumentation; 47).*
- *Deutscher Städte- und Gemeindebund: Gemeinden und Unternehmen sagen Ja zu Kindern. Standortfaktor Familie. Konzepte und Maßnahmen für eine gemeinsame Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. – Berlin: Deutscher Städte- und Gemeindebund, 2006. – (DStGB-Dokumentation; 65).*
- *Eichert, Christof / Lohre, Wilfried: Kommunale Verantwortung für Bildungsfragen. In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Wegweiser Demographischer Wandel 2020. Analysen und Handlungskonzepte für Städte und Gemeinden. – Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2006. – S. 148-151. – (Schriftenreihe; 607).*
- *„Empfehlungen des Deutschen Vereins.“ In: Schmidt, Nora (Hrsg.): Handbuch Kommunale Familienpolitik. Ein Praxishandbuch für mehr Familienfreundlichkeit in Kommunen. – Berlin: Deutscher Verein für Öffentliche und Private Fürsorge, 2006. – S. 145-158. – (Hand- und Arbeitsbücher / Deutscher Verein für Öffentliche und Private Fürsorge; 14).*
- *Europäische Kommission – GD Beschäftigung, Soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit: Peer Reviews zu Sozialschutz und sozialer Eingliederung sowie Bewertung im Bereich soziale Eingliederung. – <http://www.peer-review-social-inclusion.eu/peer-reviews/2006/sure-start> [16.12.2008].*

- *Forsa: Lebensgefühl von Eltern. Repräsentativbefragung für Gruner + Jahr AG & Co KG Redaktion ELTERN. – Berlin: Forsa, 2008.*
- *Gerlach, Irene / Juncke, David: Vereinbarkeit von Beruf und Familie – Unternehmen und Kommunen als familienpolitische Akteure. In: Schmidt, Nora (Hrsg.): Handbuch Kommunale Familienpolitik. Ein Praxishandbuch für mehr Familienfreundlichkeit in Kommunen. – Berlin: Deutscher Verein für Öffentliche und Private Fürsorge, 2006. – S. 203-213. – (Hand- und Arbeitsbücher / Deutscher Verein für Öffentliche und Private Fürsorge; 14).*
- *Hensen, Gregor: Kommunales Management für Familien (Komma FF) – ein Modellprojekt in NRW. In: Schmidt, Nora (Hrsg.): Handbuch Kommunale Familienpolitik. Ein Praxishandbuch für mehr Familienfreundlichkeit in Kommunen. – Berlin: Deutscher Verein für Öffentliche und Private Fürsorge, 2006. – S. 124-128. – (Hand- und Arbeitsbücher / Deutscher Verein für Öffentliche und Private Fürsorge; 14).*
- *Hoffmann, Elisabeth: Kinder, Kinder ... Was sich in den Kommunen tut. Best Practice-Modelle für die Stärkung von Kindern und Familie. – Sankt Augustin/Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2006.*
- *Jordan, Erwin / Hensen, Gregor: Kommunale Familienpolitik. In: Schmidt, Nora (Hrsg.): Handbuch Kommunale Familienpolitik. Ein Praxishandbuch für mehr Familienfreundlichkeit in Kommunen. – Berlin: Deutscher Verein für Öffentliche und Private Fürsorge, 2006. – S. 60-70. – (Hand- und Arbeitsbücher / Deutscher Verein für Öffentliche und Private Fürsorge; 14).*
- *Klein, Alexandra: Kommunale Familienpolitik. In: Online-Familienhandbuch des Staatsinstituts für Frühpädagogik (IFP). – [http://www.familienhandbuch.de/cmain/f\\_Programme/a\\_Familienpolitik/s\\_626.html](http://www.familienhandbuch.de/cmain/f_Programme/a_Familienpolitik/s_626.html) [16.12.2008].*
- *Merkle, Tanja / Wippermann, Carsten: Eltern unter Druck. Eine sozialwissenschaftliche Untersuchung von Sinus Sociovision GmbH im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Hrsg. von Christine Henry-Huthmacher und Michael Borchard. – Stuttgart: Lucius & Lucius, 2008.*

- Müller-Burhop, Mareike: *Elternwünsche. Eine empirische Studie über Wünsche und Vorstellungen junger Eltern und der daraus folgenden Konsequenzen für Politik und Gesellschaft.* – Würzburg: Ergon, 2008. – (Familie und Gesellschaft; 21).
- Schimke, Hans-Jürgen: *Grüne Kommunalpolitik für die Zukunft. Die kinderfreundliche Kommune braucht die Unterstützung von Staat und Gesellschaft.* In: *Alternative Kommunalpolitik*, (2006) 4, S. 28-29.
- Sterzing, Dorit: *Kommunales Handlungskonzept „Unterstützung für Alleinerziehende“ – Arbeitsmarktintegration und soziale Teilhabe.* In: Schmidt, Nora (Hrsg.): *Handbuch Kommunale Familienpolitik. Ein Praxishandbuch für mehr Familienfreundlichkeit in Kommunen.* – Berlin: Deutscher Verein für Öffentliche und Private Fürsorge, 2006. – S. 213-231. – (Hand- und Arbeitsbücher / Deutscher Verein für Öffentliche und Private Fürsorge; 14).
- Wüst, Jürgen: *Der Kommunale Familien-Tisch.* In: Schmidt, Nora (Hrsg.): *Handbuch Kommunale Familienpolitik. Ein Praxishandbuch für mehr Familienfreundlichkeit in Kommunen.* – Berlin: Deutscher Verein für Öffentliche und Private Fürsorge, 2006. – S. 128-134. – (Hand- und Arbeitsbücher / Deutscher Verein für Öffentliche und Private Fürsorge; 14).

## ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

Dr. Michael Borchard  
 Leiter Hauptabteilung Politik und Beratung  
 10907 Berlin  
 Tel.: +49(0)-30-2 69 96-35 50  
 E-Mail: michael.borchard@kas.de

Dr. Ralf Thomas Baus  
 Leiter Team Innenpolitik  
 Hauptabteilung Politik und Beratung  
 10907 Berlin  
 Tel.: +49(0)-30-2 69 96-35 03  
 E-Mail: ralf.baus@kas.de

Elisabeth Hoffmann  
 Projektbeauftragte für Frauen und Familie  
 Team Gesellschaftspolitik  
 Hauptabteilung Politik und Beratung  
 53757 Sankt Augustin  
 Tel.: +49(0)-22 41-2 46-25 15  
 E-Mail: elisabeth.hoffmann@kas.de

### Bestellungen:

Bitte bestellen Sie per Post, Fax oder direkt per E-Mail.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

HA Politik und Beratung

z.H. Anne Halbey-Muzlah

Klingelhöferstraße 23

10785 Berlin

Fax: + 49-30-26996-3551

E-Mail: [anne.muzlah@kas.de](mailto:anne.muzlah@kas.de)

[www.politik-fuer-kommunen.de](http://www.politik-fuer-kommunen.de)

### Materialien für die Arbeit vor Ort

Bis zu fünf Exemplare pro Heft können kostenlos geliefert werden. Bei größerem Bedarf wenden Sie sich bitte wegen der entstehenden Kosten an die Konrad-Adenauer-Stiftung ([anne.muzlah@kas.de](mailto:anne.muzlah@kas.de)).

BESTELLCOUPON		
Nr.	Thema:	bestellte Exemplare
33	Impulse für den Strukturwandel einer europäischen Region: Nationalpark Eifel	
34	Europäische Metropolregionen in Deutschland – Perspektiven für das nächste Jahrzehnt	
35	Sozialpolitik trotz Finanzkrise: Wie sozial dürfen Kommunen noch sein?	
36	Licht in der Stadt: Leitbilder und Strategien für innovative Lichtkonzepte	
37	Integration vor Ort – Positionen und Handlungsempfehlungen für kommunale Integrationspolitik	
38	Bildung als Handlungsfeld kommunaler Integrationspolitik – Best-Practice-Beispiele	
39	Kommunale Familienpolitik. Argumente – Methoden – Praxisbeispiele – 2., überarbeitete und erweiterte Auflage (Mai 2009)	

Absender

Name: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

Ort: \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_